



Frankfurt Assistance Centre:
 +49 (0)6102 3588 100
securitysupport@internationalsos.com
<https://www.internationalsos.de/>

Globale Sicherheit

—

Ihr wöchentlicher Ausblick

KW 01

Übersicht

Regional – Europa

Starke Einschränkungen im Flugverkehr aufgrund von COVID-19

Kroatien

Mögliche Nachbeben in Krisenregion

Sudan

Abzug der Friedensmission UNAMID wird Unsicherheit in Darfur verstärken

Jemen

Angriffe in Aden unterstreichen Unsicherheit im Land

Äthiopien

Weiterhin hohe Gefahr für interethnische Übergriffe in Oromia und Benishangul-Gumuz

Mosambik

Weiterhin Angriffe in Cabo Delgado zu erwarten

Pakistan

Anhaltende Demonstrationen sorgen für lokale Reiseunterbrechungen

Indien

Proteste der Landwirte halten weiter an

Vereinigte Staaten von Amerika

Demonstrationen gegen Ergebnis der Wahlen werden für den 06. Januar erwartet

Globale Sicherheit – Ihr wöchentlicher Ausblick
 Hier werden Sie regelmäßig über sicherheitsrelevante Ereignisse informiert, die in den kommenden Tagen erhöhte Aufmerksamkeit erfordern. Kontaktieren Sie gerne unser Team für weitere Details.

Europa & Zentralasien

Kroatien

Mögliche Nachbeben in Krisenregion

Mögliche wiederkehrende Nachbeben nach einem schweren Erdbeben in Kroatien am 29. Dezember 2020 stellen auch in der kommenden Woche ein Risiko dar. Bei dem ersten Erdbeben wurden sieben Menschen getötet und 20 weitere verletzt. Das Beben der Stärke 6,4 verursachte strukturelle Schäden in Kroatien sowie im benachbarten Bosnien und Herzegowina (BiH). Die Mitarbeiter im Land werden daran erinnert, dass erneute Beben möglich sind und eine Gefahr für Leben und Eigentum darstellen können. Sie können auch zu vorübergehenden Unterbrechungen der Telekommunikationsdienste und der Stromversorgung führen.

In Kroatien wurden Strukturschäden in Sisak, Glina, der Hauptstadt Zagreb und anderen Städten gemeldet. Die meisten Schäden entstanden in Petrinja, in der Nähe des Epizentrums. In Petrinja stürzten am 30. Dezember 2020 nach starken Nachbeben mehrere Gebäude ein. In Bosnien und Herzegowina kam es zu umfangreichen Schäden in Kostajnica. Für die Region sind starke Regenfälle vorhergesagt, die das Risiko von Sturzfluten mit sich bringen. Dies würde bestehende Probleme verschlimmern.

Manager sollten sicherstellen, dass Büros und Einrichtungen in den betroffenen Gebieten gesichert sind. Veranlassen Sie, sobald es möglich und sicher ist, eine Überprüfung der strukturellen

Schäden und führen Sie Sicherheitsüberprüfungen der Gas-, Wasser- und Stromversorgung durch. Pflegen Sie die Kommunikation mit den betroffenen Mitarbeitern und internen Stakeholdern innerhalb der Organisation, um eine schnelle Verbreitung von Updates zu gewährleisten.

Mitarbeiter im Land sollten die Entwicklungen überwachen und die Anweisungen der Behörden befolgen. Vergewissern Sie sich, dass Ihre Unterkunft über eine Notstromversorgung verfügt und dass sie nicht beschädigt worden ist. Es ist wahrscheinlich, dass die Behörden während der Notfallmaßnahmen Bereiche absperren oder den Zugang zu Wegen blockieren.

Naher / Mittlerer Osten & Nordafrika (MENA)

Sudan

Abzug der Friedensmission UNAMID wird Unsicherheit in Darfur verstärken

Das Auslaufen des Mandats der UN-African Union Hybrid Operation in Darfur (UNAMID) am 31. Dezember und der schrittweise Abzug werden in den kommenden Monaten die Unsicherheit in der gesamten Region Darfur verschärfen. Der Abzug des Personals und der Mittel von UNAMID wird als Auslöser für eine Zunahme sozialer Unruhen, kommunaler Gewalt und Gewaltverbrechen dienen, während die von der Regierung unterstützten Sicherheitskräfte Mühe haben werden, in der gesamten Region Recht und Ordnung herzustellen.

Der Rückzug aus Darfur, der bis zum 30. Juni 2021 abgeschlossen sein soll. Während dieser Zeit werden sich die UNAMID-Mitarbeiter und -Truppen darauf konzentrieren, für die Sicherheit des Prozesses zu sorgen, während die sudanesischen Sicherheitskräfte - einschließlich Elementen der paramilitärischen Gruppe Rapid Support Forces (RSF), der Streitkräfte, der Polizei und des Allgemeinen Nachrichtendienstes - die Verantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung in der Region übernehmen werden.

Obwohl der bewaffnete Konflikt in den letzten Jahren in den meisten Gebieten Darfurs weitgehend abgeklungen ist, werden der Überfluss an Waffen, das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit und

der Präsenz aktiver bewaffneter Milizen in den kommenden Monaten die prekären Sicherheitsbedingungen vor Ort weiter verschärfen. Viele Einwohner werden auch gegenüber einigen von der Regierung unterstützten Sicherheitskräften, insbesondere der RSF, misstrauisch bleiben, da sie aufgrund ihrer historischen Verwicklung in der Region empfindlich reagieren.

Der Rückzug der UNAMID hat in ganz Darfur Proteste ausgelöst, da man einen Anstieg der Unsicherheit befürchtet. Im Bundesstaat Süddarfur haben Tausende von Binnenvertriebenen am 26. Dezember ein Sit-in vor den UNAMID-Büros im Kalma-Lager in der Nähe von Nyala abgehalten, um den Abzug anzuprangern und eine Verlängerung des Mandats der Mission zu fordern. Ähnliche Versammlungen gab es auch in den Bundesstaaten Gezira, Nord-Darfur, Nord-Kordofan und Fluss-Nil.

Der Abzug von UNAMID wird auch zu einem Anstieg der Gewaltkriminalität in Darfur führen, zumal die Arbeitslosigkeit steigt und Recht und Ordnung in weiten Teilen der Region schwach bleiben. Berichten zufolge raubten bewaffnete Männer am 28. Dezember in Nord-Darfur einen Krankenwagen und ein Nutzfahrzeug aus, während im Bundesstaat Zentral-Darfur ein Kraftwerk ausgeraubt wurde. Ausländische Staatsangehörige werden weiterhin attraktive Ziele für Kriminelle sein, die wahrscheinlich Hauseinbrüche, bewaffnete Raubüberfälle und Entführungen begehen werden.

Grundlegende Reisen in die Staaten Nord-, Süd-, Ost-, West- und Zentral-Darfur sind weiterhin möglich, allerdings sollte das Personal im Rahmen eines umfassenden und koordinierten Sicherheitsprogramms vor Reiseantritt eine spezielle Bedrohungsanalyse erhalten. Verschieben Sie alle Reisen nach Jabal Marra, die sich über Teile der Staaten Süd-, Zentral- und Darfur erstrecken. Die Unterbringung sollte in sicheren Hotels oder Anlagen erfolgen, während Reisen zwischen den Städten in Zusammenarbeit mit dem zuständigen lokalen Sicherheitsdienstleister durchgeführt werden sollten.

Jemen

Angriffe in Aden unterstreichen Unsicherheit im Land

Die jüngsten Angriffe in Aden zeigen, dass die Unsicherheit trotz der kürzlich erfolgten Bildung einer gemeinsamen Regierung aus der international anerkannten Regierung von Präsident Abd-Rabbu Mansour Hadi und dem secessionistischen Südlichen Übergangsrat (STC) anhält. Mehrere Akteure - darunter die rebellische Houthi-Gruppe, al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) und die Extremistengruppe Islamischer Staat (IS) - werden diese Bedingungen für weitere Anschläge nutzen.

Nach Angaben von Premierminister Maeen Abdulmalik Saeed wurden am 30. Dezember 2020 bei einem Raketenangriff auf den internationalen Flughafen Aden (ADE) mindestens 25 Menschen getötet und 110 weitere verletzt. Kurze Zeit später soll eine mit Sprengstoff beladene Drohne in der Nähe des Präsidentenpalastes in Aden detoniert sein. Die Angriffe fielen mit der Ankunft der neuen Einheitsregierung aus Riad zusammen, obwohl keiner ihrer Beamten getötet wurde. Hadis Regierung beschuldigte die Houthis, die die Verantwortung bestritten. Die von Saudi-Arabien angeführte Koalition startete am 1. Januar Vergeltungs-Luftangriffe gegen mindestens 15 Orte in und um die Hauptstadt Sanaa, die mit den Houthis in Verbindung stehen, darunter auch in der Nähe des internationalen Flughafens der Stadt (SAH).

Obwohl sie die Verantwortung für die Angriffe vom 30. Dezember 2020 abstreiten, sind die Houthi die wahrscheinlichsten Täter, da sie in der Vergangenheit an ähnlichen Vorfällen beteiligt waren und ein Interesse daran haben, die neue Einheitsregierung zu untergraben. Das neue Kabinett war am 18. Dezember 2020 als Teil des Riad-Abkommens von 2019 vereidigt worden. Der Schritt stellt einen Versuch dar, die Kluft zwischen Pro-Hadi- und STC-Kräften zu verringern und ihre Bemühungen gegen die Houthis neu zu konzentrieren. Die jüngsten Angriffe zeigen jedoch, vor welchen anhaltenden Herausforderungen die neue Regierung bei der Wiederherstellung von Recht und Ordnung stehen wird.

Die Houthis werden ihre Angriffe auf die Interessen der Regierung und der Saudi-geführten Koalition im Jemen in den kommenden Monaten weiter verstärken, insbesondere in den von der Regierung kontrollierten Gebieten im Gouvernement Marib. Weitere grenzüberschreitende Angriffe nach Saudi-Arabien sind in naher Zukunft ebenfalls wahrscheinlich. Darüber hinaus werden sunnitische islamistische Extremistengruppen wie AQAP und IS weiterhin die allgegenwärtige Unsicherheit ausnutzen, um regelmäßige Operationen durchzuführen.

Alle Reisen in den Jemen sollten aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs verschoben werden. Manager mit Mitarbeitern im Land sollten die Entwicklungen überwachen und sicherstellen, dass Eskalations- und Stand-by-Pläne regelmäßig überprüft und aktualisiert werden. Mitarbeiter im Land sollten eng mit ihrem jeweiligen Sicherheitsdienstleister zusammenarbeiten, um den Zugang zu den neuesten lokalen Informationen über Bedrohungen, sofortige Unterstützung im Notfall und Zugang zu zuverlässiger Kommunikation sicherzustellen. Minimieren Sie Reisen außerhalb sicherer Orte und die Zeit, die in der Nähe potenzieller militanter Ziele verbracht wird, sowohl an festen Standorten als auch auf der Durchreise.

Afrika

Äthiopien

Weiterhin hohe Gefahr für interethnische Übergriffe in Oromia und Benishangul-Gumuz

Nach mehreren groß angelegten ethnisch motivierten Angriffen in den Bundesstaaten Benishangul-Gumuz und Oromia ist in den kommenden Wochen mit weiteren Vorfällen ethnischer Gewalt zu rechnen. Offizielle aus dem Bundesstaat Amhara haben behauptet, dass ethnische Amharas bei den jüngsten Angriffen direkt ins Visier genommen wurden. Die regionalen und föderalen Regierungen werden sich bemühen, die Gewalt nach dem jüngsten Konflikt im Bundesstaat Tigray und angeblicher interner Korruption von regionalen Beamten einzudämmen. Für diejenigen, die sich in der Nähe von kommunaler Gewalt und Vergeltungsangriffen

aufhalten, besteht weiterhin das Risiko von gewalttätigem Banditentum auf den Landstraßen.

In Benishangul-Gumuz gab es im letzten Monat einen Anstieg der Todesfälle; am 23. Dezember wurden allein im Bezirk Bulen mehr als 220 Menschen getötet. Bei dem jüngsten Vorfall am 25. Dezember wurden zwei Menschen im Distrikt Dibate von Banditen getötet. Die häufigen Todesfälle haben die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf sich gezogen, wobei die EU den äthiopischen Premierminister Abiy Ahmed aufforderte, weitere Untersuchungen über mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit durchzuführen. Ahmed hat inzwischen zusätzliche äthiopische Nationale Verteidigungskräfte (ENDF) in die betroffenen Gebiete entsandt. Die Sicherheitskräfte töteten 40 Personen, von denen angenommen wird, dass sie in die jüngsten Gewalttaten verwickelt waren, und weitere fünf Regierungsbeamte wurden verhaftet, die angeblich mit den Vorfällen in Verbindung standen. Trotz zusätzlicher Sicherheitskräfte in der Region ist damit zu rechnen, dass es weiterhin zu Angriffen auf die lokale Bevölkerung kommen wird. Darüber hinaus wird die Konkurrenz um Ressourcen die allgemeine Sicherheitslage vor Ort nur noch weiter verschlechtern, da eine große Anzahl der lokalen Zivilisten durch die Gewalt vertrieben wurde.

Ethnische Gewalt hält im Bundesstaat Oromia an, wo zuletzt am 28. Dezember 73 Menschen in der Zone Horo Guduru Welega bei einem Angriff getötet wurden, der Berichten zufolge von der Oromo Liberation Army (OLA) verübt wurde, die es angeblich auf ethnische Amhara-Zivilisten abgesehen hatte, die in dem Gebiet leben. Die Regionalregierung hat Versuche unternommen, die Gewalt einzudämmen und hat mutmaßliche OLA-Sympathisanten aus ihren Truppen entfernt. Die Gruppe ist jedoch weiterhin in der Lage, sich den Sicherheitskräften zu entziehen und weitere Anschläge zu verüben sowie mit den Bundesstreitkräften zusammenzustoßen. Da nach den jüngsten Operationen im Tigray-Staat immer noch eine große Anzahl von ENDFs im Einsatz ist, konnte die OLA ihre Angriffe ungehindert fortsetzen. Da der Tigray-Konflikt für erfolgreich beendet erklärt wurde, wird Abiy wahrscheinlich in den kommenden Wochen wieder Truppen in die Region verlegen, um der OLA entgegenzuwirken.

Die Gewalt in den einzelnen Bundesstaaten richtet sich hauptsächlich gegen die einheimische Bevölkerung, obwohl ausländische Reisende gelegentlich Risiken ausgesetzt sein können. Manager sollten sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter über starke lokale Unterstützungsnetzwerke und gute Verfahren für die Reiseplanung verfügen. In den kommenden Wochen ist in beiden Bundesstaaten mit einer erhöhten Präsenz von Sicherheitskräften zu rechnen. Mitglieder sollten sicherstellen, dass sie relevante Ausweisdokumente für etwaige Kontrollpunkte oder Stichproben mit sich führen und die Entwicklungen durch lokale Kontakte genau verfolgen.

Mosambik

Weiterhin Angriffe in Cabo Delgado zu erwarten

Wir erwarten, dass sich die bewaffneten Angriffe der extremistischen al-Sunnah-Gruppe in den kommenden Wochen um strategische Orte in der Provinz Cabo Delgado intensivieren werden. In den letzten Tagen gab es eine Flut von Gewalttaten in Gebieten in der Nähe von Flüssigerdgasanlagen (LNG). Am 31. Dezember 2020 und am 1. Januar stießen die Sicherheitskräfte in den Dörfern Quitupo und Quitunda mit Mitgliedern der al-Sunnah zusammen. Der letztgenannte Vorfall ist der bisher am nächsten zu den LNG-Anlagen gemeldete und stellt angesichts der verbesserten Fähigkeiten der Aufständischen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar.

Obwohl ausländische Staatsangehörige und kommerzielle Unternehmen in ausländischem Besitz bereits Opfer von Anschlägen der Al-Sunnah waren, hat die Gruppe keine direkte Absicht bekundet, ausländische Interessen wie LNG-Anlagen anzugreifen. Die transnationale extremistische Gruppe Islamischer Staat (IS), mit der al-Sunnah ideologisch verbunden ist, hat jedoch Unternehmen in ausländischem Besitz, die in Mosambik tätig sind, wegen angeblicher Ausbeutung der Bevölkerung kritisiert. Al-Sunnah hat auch sozioökonomische Missstände in der lokalen Bevölkerung für ihre Rekrutierungsbemühungen ausgenutzt. Viele Einheimische haben das Gefühl, nicht von den reichen natürlichen Ressourcen der Provinz profitiert zu haben und beklagen sich über die Marginalisierung durch die Regierung.

Die sich entwickelnden Fähigkeiten der Al-Sunnah und der bisher begrenzte Erfolg der Sicherheitskräfte bei der Eindämmung des Aufstands bedeuten, dass weitere Angriffe zu erwarten sind. Da Mosambik bisher keine formelle ausländische Militärunterstützung angefordert hat, bleiben die Fähigkeiten der Sicherheitskräfte begrenzt. Außerdem müssen sie Kräfte an strategisch wichtigen Orten wie den LNG-Standorten einsetzen.

Die derzeitigen Operationsbasen der Aufständischen sind den Behörden bekannt. Außerdem müssen die Täter bei einem größeren Angriff auf die LNG-Anlagen wahrscheinlich durch militärisch kontrollierte Gebiete vorrücken oder auf andere Weise mit den Sicherheitskräften konfrontiert werden. Daher sind in den kommenden Tagen und Wochen eher kleinere Operationen und Aufklärungsaktionen rund um solche Standorte wahrscheinlich.

Die jüngste Entscheidung eines ausländischen Energieunternehmens, das in der Region tätig ist, Mitarbeiter zu evakuieren, unterstreicht die Notwendigkeit, alle Reisen in die Bezirke mit hohem Reiserisiko in Cabo Delgado (Macomia, Meluco, Mocimboa da Praia, Mueda, Muidumbe, Nangade, Palma und Quissanga) zu verschieben. Nicht-essentielle Mitarbeiter, die sich in diesen Bezirken befinden, sollten angesichts der jüngsten Eskalation der Al-Sunnah-Aktivität evakuiert werden.

Reisen zu den LNG-Standorten auf der Afungi-Halbinsel können möglich sein, erfordern aber eine enge Abstimmung mit einem Sicherheitsteam vor Ort sowie eine reisespezifische Einschätzung und Unterstützung. In der Nähe von LNG-Anlagen ist mit einer erhöhten Präsenz von Sicherheitskräften zu rechnen. In der Zwischenzeit sollten Reisen in Gebiete innerhalb von 20 km (12 Meilen) der Grenze von Cabo Delgado zu Tansania als Vorsichtsmaßnahme vermieden werden, nachdem es in letzter Zeit zu grenzüberschreitenden Aktivitäten von Aufständischen und Vergeltungsmaßnahmen der tansanischen Streitkräfte gekommen ist.

Asien & die Pazifikregion

Pakistan

Anhaltende Demonstrationen sorgen für lokale Reiseunterbrechungen

Die Proteste der oppositionellen Koalition Pakistan Democratic Movement (PDM) werden diese Woche fortgesetzt, um den Rücktritt von Premierminister Imran Khan zu fordern. Für den 3. Januar sind Kundgebungen in Bahawalpur und für den 6. Januar in Bannu geplant, da die PDM und ihre wichtigsten Wählergruppen, die Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N) und die Pakistan People's Party (PPP), wegen ihrer Forderungen mit Massenrücktritten aus den National- und Provinzversammlungen gedroht haben.

Die PDM fordert Khans Rücktritt wegen Vorwürfen der Korruption, steigender Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit. Die Proteste der PDM finden inmitten der anhaltenden Beschränkungen für große Versammlungen aufgrund von COVID-19 statt. Die Behörden haben gegen mehrere PDM-Führer Anklage erhoben, weil sie ohne Genehmigung demonstriert haben, und einen Spitzenpolitiker der Pakistan Muslim League-Nawaz PML-N wegen Korruptionsvorwürfen verhaftet.

Die Parteien innerhalb der PDM sind in entscheidenden Fragen wie der Anfechtung der anstehenden Senats- und Nachwahlen weiterhin uneins, was zu Fraktionskämpfen zwischen den Wählern führen könnte, was wiederum die laufende Protestkampagne schwächen würde. Solche Entwicklungen könnten zu einem Rückgang der Teilnahme an den Kundgebungen der Koalition führen. Die 11-Parteien-Koalition bereitet sich auf einen geplanten Protestmarsch in die Hauptstadt Islamabad am 1. Februar vor, eine von der PDM gesetzte Frist für Khans Rücktritt.

Die Proteste werden wahrscheinlich in allen städtischen Zentren fortgesetzt. Sie werden wahrscheinlich auch gut besucht sein und in ihrer Umgebung für Störungen sorgen. Obwohl seit der Warnung der Polizei von Punjab an die PDM-Führer vor ihrer Kundgebung in Lahore (Punjab) am 13. Dezember keine Terrordrohungen aufgetaucht sind, besteht weiterhin die Gefahr, dass Militante die kommenden Kundgebungen angreifen.

Führungskräfte sollten die Entwicklungen über ihre lokalen Kontakte verfolgen und sicherstellen, dass alle protestbezogenen Informationen rechtzeitig an die Mitarbeiter weitergegeben werden. Mitarbeiter sollten vorsichtshalber alle Demonstrationen meiden und sich an Tagen, an denen Proteste an ihrem Standort geplant sind, über den Status der Routen informieren. Mitarbeiter sollten außerdem wachsam auf ihre Umgebung achten und verdächtiges Verhalten oder Pakete an die Behörden melden.

Indien

Proteste der Landwirte halten weiter an

Die Proteste von Bauernverbänden gegen die kürzlich verabschiedeten Landwirtschaftsgesetze werden in der kommenden Woche weitergehen, trotz Gesprächen zwischen den Protestierenden und der von der Bharatiya Janata Party (BJP) geführten Zentralregierung am 4. Januar. Während die Regierung in vorangegangenen Gesprächen am 30. Dezember einigen Forderungen zugestimmt hat, bleiben die Hauptforderungen der Bauerngruppen, die Aufhebung der Gesetze und eine gesetzliche Garantie des Mindeststützpreises (MSP), ungelöst. Die Gruppen haben ihre Absicht geäußert, die Proteste ab dem 6. Januar zu verstärken, falls es nach der letzten Gesprächsrunde zu einem Stillstand kommt. Angesichts der bisherigen Haltung der Regierung bleibt eine vollständige Aufhebung der Gesetze unwahrscheinlich.

Zu den geplanten Demonstrationen gehören eine Traktorenkundgebung auf dem Western Peripheral Highway (Kundli Manesar Palwal Expressway) im Bundesstaat Haryana am 6. Januar und die Schließung aller Zapfsäulen und Einkaufszentren in ganz Haryana. Zwar kann es auch in anderen städtischen Zentren wie Chennai (Bundesstaat Tamil Nadu), Hyderabad (Bundesstaat Telangana) und Mumbai (Bundesstaat Maharashtra) zu Protesten kommen, doch werden diese wahrscheinlich lokal begrenzt sein und eine begrenzte Beteiligung haben. Das Epizentrum der Protestaktivitäten wird die National Capital Region (NCR) bleiben, insbesondere die Randgebiete der Hauptstadt Delhi. Während die damit verbundenen Versammlungen weitgehend friedlich geblieben sind, wurden vereinzelt Vorfälle von Gewalt gemeldet. Die Behörden setzten Tränengas und Wasserwerfer ein, um Demonstranten zu zerstreuen, die am 31. Dezember 2020 Barrikaden durchbrochen hatten, die an

der Grenze zwischen Haryana und dem Bundesstaat Rajasthan in Shahjahanpur errichtet worden waren. Anführer der Bauerngruppen haben seitdem bestritten, ihre Zustimmung zu der Aktion gegeben zu haben.

Führungskräfte sollten die Entwicklungen über ihre lokalen Kontakte verfolgen und sicherstellen, dass alle protestbezogenen Informationen rechtzeitig an die Mitarbeiter weitergegeben werden. Mitarbeiter sollten vorsichtshalber alle Demonstrationen meiden und sich an Tagen, an denen Proteste an ihrem Standort geplant sind, über den Status der Routen informieren. In der Hauptstadt und an ihren Grenzen ist mit verstärkten Sicherheitsmaßnahmen zu rechnen.

Nord- und Südamerika

Vereinigte Staaten von Amerika

Demonstrationen gegen Ergebnis der Wahlen werden für den 06. Januar erwartet

In dieser Woche wird erwartet, dass Demonstrationen im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl im November 2020 Störungen verursachen und möglicherweise zu lokalen Zusammenstößen führen werden. Im Laufe der Woche sind in verschiedenen Stadtzentren Kundgebungen zu erwarten. Die größte davon wird am 6. Januar in der Hauptstadt Washington (DC) stattfinden, da der Senat die Stimmen des Electoral College aus der Wahl im November bestätigt, bei der der Herausforderer Joe Biden den amtierenden Präsidenten Donald Trump besiegte. Die Teilnehmer versuchen, den Senat davon abzuhalten, das Votum für Biden zu bestätigen. Die emotionale und parteiische Natur des Themas kann zu Auseinandersetzungen bei gut besuchten Demonstrationen führen.

Die Demonstration am 6. Januar wird in der Nähe des US-Kapitolgebäudes stattfinden und um ca. 10.00 Uhr beginnen. Die Kundgebung wurde von verschiedenen politischen Lobbygruppen organisiert, darunter Women for America First und Stop the Steal. Beide Gruppen waren an der Organisation ähnlicher Demonstrationen am 14. November und 12. Dezember beteiligt, die beide in gewalttätige Zusammenstöße zwischen gegnerischen Gruppen ausarteten, als die Veranstaltungen endeten. Es wird erwartet, dass die

Sicherheitsvorkehrungen im Vorfeld und während der bevorstehenden Kundgebung in der Hauptstadt erhöht werden. Dennoch bleiben Konfrontationen zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten wahrscheinlich, insbesondere nach Einbruch der Dunkelheit und wenn die Teilnehmer der Kundgebung beginnen, sich zu zerstreuen.

Mitarbeiter, die sich in dieser Woche in der Hauptstadt und anderen städtischen Zentren aufhalten, sollten sich auf politische Demonstrationen einstellen und Reisen planen, die solche Kundgebungen meiden, um reisebedingte Unannehmlichkeiten zu minimieren. Aus Sicht des Risikomanagements sollten Personen, die nicht an Demonstrationen teilnehmen müssen, diese meiden. Diejenigen, die teilnehmen müssen oder wollen, sollten vorsichtig sein und darauf vorbereitet sein, bei den ersten Anzeichen von Unruhen abzureisen. Mitarbeiter sollten in Gruppen reisen und dabei die lokalen Gesundheitsprotokolle in Bezug auf die laufende COVID-19-Pandemie beachten und einen Versammlungsort für den Fall eines Kommunikationsausfalls festlegen.